Marcel Emmerich
Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Sprecher für Innenpolitik

Aktionsplan: Illegale Waffenströme stoppen

Deutschland hat ein Problem mit illegalen Schusswaffen. Schätzungen zufolge sind über 20 Millionen Stück im Umlauf und insbesondere im Bereich des organisierten Verbrechens werden sie zunehmend bei der Begehung von Straftaten eingesetzt. Laut Bundeslagebild Waffenkriminalität 2025 stieg die Zahl an Fällen, bei den mit einer Schusswaffe gedroht wurde um fast 13 Prozent, während aber gleichzeitig die Fälle, bei denen mit einer Schusswaffe geschossen wurde, um 9 Prozent gesunken ist. Jeder Gebrauch einer Schusswaffe ist aber einer zu viel und die Verbreitung illegaler Waffen stellt eine große Gefahr für die innere Sicherheit dar.

Die größten Lücken bestehen bei der Kontrolle und der Rückverfolgbarkeit von Schusswaffen. Seit November 2025 läuft gegen Deutschland ein Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission, weil wichtige Regelungen gegen den illegalen Waffenhandel nicht ordnungsgemäß umgesetzt wurden (EU-Feuerwaffenrichtlinie: EU-Kommission leitet Vertragsverletzungswverfahren gegen Deutschland ein - Vertretung in Deutschland). Dabei geht es unter anderem um Vorgaben zur Kennzeichnung und Rückverfolgbarkeit von Waffen sowie um gemeinsame Sicherheitsstandards. Die Bundesregierung muss hier endlich Regelungen umsetzen und in diesem Schritt lang bekannte offene Punkte im Waffenrecht und bei der Rückverfolgung und Zusammenarbeit von Schusswaffen und Bauteilen schließen.

Illegale Waffen entstehen auf unterschiedlichen Wegen und deshalb muss die gesamte Kette in den Blick genommen werden: verhindern, dass Waffen aus legalen Beständen in die Illegalität gelangen, Schmuggel und kriminelle Handelswege von OK-Gruppierungen unterbrechen, Tatwaffen konsequent zurückverfolgen und neue Formen illegaler Waffenherstellung bekämpfen. Dafür schlagen wir fünf Maßnahmen vor.

1. Kontrollen und Rückverfolgbarkeit von Legalwaffen stärken

Immer wieder werden Waffen als gestohlen, verloren oder unauffindbar gemeldet. Kontrollen von Waffenbesitzenden und im gewerblichen Waffenhandel müssen regelmäßiger und risikoorientierter erfolgen. Wir fordern daher die Einführung einer digitalen Bestandsmeldepflicht für alle Inhaber einer Waffenbesitzkarte. Über ein sicheres Online-Portal, angebunden an die Bund-ID und das Nationale Waffenregister, sollten Waffenbesitzer in regelmäßigen Abständen, etwa im Zuge bereits bestehender Nachweisverpflichtungen, den Verbleib ihrer registrierten Waffen bestätigen müssen. Gleichzeitig müssen Kennzeichnungs- und Registrierungslücken geschlossen und das Nationale Waffenregister so weiterentwickelt werden, dass Waffen und wesentliche Waffenteile von der Herstellung über Handel und Besitz bis zu einem möglichen Verlust lückenlos und europaweit rückverfolgt werden können. Dafür sind einheitliche Standards in der EU für Markierung von Waffen und Bauteilen sinnvoll. Nationale Waffenregister müssen besser vernetzt und Behörden Informationen schneller austauschen können. Verlust lückenlos und europaweit rückverfolgt werden können.

2. Illegale Waffenströme und Waffenschmuggel stoppen

Der illegale Waffenhandel stellt eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit dar und begünstigt schwere Straftaten sowie extremistische Gewalt. Umso unverständlicher ist es, dass notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Problems seit Jahren verschleppt werden. Illegale Waffen müssen konsequent aus dem Verkehr gezogen werden. Wir fordern die Innenministerkonferenz auf, den Kampf gegen den illegalen Waffenhandel zu einem Schwerpunkt ihrer Arbeit zu machen und eine länderübergreifende Task Force einzurichten, die Polizei-, Zoll- und Sicherheitsbehörden besser vernetzt. Ermittlungen müssen stärker auf bekannte Schmuggelrouten, organisierte Kriminalität und Waffen aus Konfliktregionen konzentriert werden.

3. Tatwaffen systematisch auswerten und Amnestieregelungen

Beschlagnahmte und sichergestellte Waffen müssen konsequent auf Herkunft und Vertriebsweg untersucht werden. Ballistische Daten, Waffenregister und Erkenntnisse über sichergestellte Waffen sollten EU-weit systematisch ausgewertet und soweit rechtlich möglich miteinander verknüpft werden. Verluste müssen lückenlos und europaweit rückverfolgt werden können. So lässt sich überhaupt erkennen, wie Waffen aus legalen Beständen in die Illegalität gelangen und welche Maßnahmen tatsächlich wirken. Gleichzeitig muss international stärker verhindert werden, dass Waffenüberschüsse aus Kriegs- und Konfliktregionen auf den europäischen Schwarzmarkt gelangen. Zeitlich begrenzte Amnestieregelungen können helfen, illegale Waffen aus dem Verkehr zu ziehen.

4. Illegale Strukturen aufdecken

Um den Erwerb und Besitz illegaler Waffen bei OK-Gruppierungen in Deutschland besser aufdecken zu können, muss die Mindeststrafe dafür im Waffengesetz erhöht werden, damit diese Straftaten zukünftig als Verbrechen eingestuft sind. Dies verhindert etwa eine Einstellung wegen Geringfügigkeit. Gerade wenn illegale Waffen innerhalb krimineller Strukturen weitergegeben werden, müssen die Ermittlungsbehörden Bezugswege, Verkäufer und Netzwerke hinter der einzelnen Waffe besser aufklären können. Die aktuelle Bundesratsinitiative zur Verschärfung des Waffenrechts (Drs. 21/7557) ist daher ein erster positiver Ansatz.

5. Ghost Guns und neue Formen illegaler Waffen bekämpfen

Der illegale Waffenmarkt verändert sich durch neue Technologien und auch Vertriebswege und das Waffenrecht und die Ermittlungsbehörden müssen mit dieser Entwicklung Schritt halten. Der entsprechende Vorschlag der EU-Kommission ist ein wichtiger Schritt, denn die Bundesregierung unterstützen sollte. Phänomene wie selbst hergestellte und mit 3D-Druckern produzierte Waffen, der Umbau von Schreckschuss- und Signalwaffen zu Schusswaffen, Totalfälschungen und die Reaktivierung von Waffen müssen systematisch erfasst und konsequent bekämpft werden. Herstellung und Handel mit wesentlichen Bauteilen müssen stärker in den Blick genommen und der unerlaubte Besitz sowie die gezielte Verbreitung digitaler Baupläne für illegale Waffen als Straftat im Waffengesetz erfasst werden. Die entsprechende Lücke im Waffengesetz muss schnell geschlossen werden und die Bundesregierung darf hier nicht auf einen jahrelangen Gesetzgebungsprozess warten. Zugleich müssen illegale Handelswege im Internet und Darknet stärker aufgeklärt und die Zusammenarbeit mit Plattformen sowie Post und Paketdienstleistern verbessert werden.